



# taskforce

STRAFRECHT  
OPFERSCHUTZ & TÄTERARBEIT

## GEMEINSAM GEGEN GEWALT

Ergebnisse des Ministerratsbeschlusses  
zur Task Force Strafrecht



# task force

**Ergebnisse des Ministerratsbeschlusses**  
zur Task Force Strafrecht  
13. Februar 2019



## VORWORT

### Gemeinsam gegen Gewalt

Im Rahmen unserer im Februar 2018 gestarteten Task Force Strafrecht haben wir gemeinsam mit über 120 Expertinnen und Experten eine Vielzahl an konkreten Vorschlägen zum besseren Schutz von Frauen und Kindern vor Gewalt diskutiert und ausgearbeitet. Wurde zu Beginn des Arbeitsprozesses die Sinnhaftigkeit der Task Force von manchen in Frage gestellt, ist das heute nicht mehr der Fall. Tragische Ereignisse und Gewalttaten haben in der Zwischenzeit deutlich gemacht, dass es bei Gewalt- und Sexualdelikten gegen Frauen und Kinder keine Toleranz geben darf. Es braucht mehr Abschreckung in Richtung der Täterinnen und Täter und mehr Prävention und Schutz für die Opfer.

Auf Basis der Beratungen in den beiden Kommissionen der Task Force zu den Themen Strafrecht sowie Opferschutz und Täterarbeit liegen nun konkrete Maßnahmenvorschläge für Verschärfungen im Strafrecht, für einen möglichst niederschwelligen Zugang zum Opferschutz sowie für eine bessere Vernetzung der Behörden vor.

Die Arbeit der Task Force hat nicht nur klar gezeigt, dass wir auf vielen Ebenen ansetzen müssen, sondern dass es im Kampf gegen Gewalt einen Schulterschluss über institutionelle Grenzen hinaus braucht. Nur gemeinsam erreichen wir den bestmöglichen Schutz von Frauen und Kindern.

In diesem Sinn danke ich allen beteiligten Mitgliedern der Bundesregierung, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ressorts sowie den Expertinnen und Experten für ihr großes Engagement!

Mit besten Grüßen,

Ihre

A handwritten signature in blue ink that reads "Karoline Edtstadler".

**Mag.<sup>a</sup> Karoline Edtstadler**

Staatssekretärin im Bundesministerium für Inneres  
Leiterin der Task Force Strafrecht

# 1

## Maßnahmen im Strafgesetzbuch und im Strafverfahren

### » Anhebung der Mindeststrafe bei Vergewaltigung (§ 201 StGB):

Neu: mindestens 2 Jahre (Bisher: mindestens 1 Jahr)  
Qualifikationen wie schon bisher: 5–15 Jahre bzw. 10–20 Jahre oder lebenslang

### » Bei Vergewaltigung keine gänzlich bedingte Strafnachsicht mehr möglich (§ 43 StGB):

Damit wird nur mehr eine teilbedingte Strafnachsicht möglich und ein Verurteilter muss jedenfalls einen Teil der Freiheitsstrafe tatsächlich verbüßen.

### » Beharrliche Verfolgung – Stalking (§ 107a StGB):

Erweiterung der Tatbestände um „Veröffentlichung von Tatsachen oder Bildaufnahmen des höchstpersönlichen Lebensbereiches einer Person ohne deren Zustimmung“

### » Verschärfung bei fortgesetzter Gewaltausübung:

Setzung legistischer Maßnahmen, um fortgesetzte Gewaltausübung gegen Unmündige und Wehrlose künftig strenger zu ahnden.

### » Erhöhung der Höchststrafen für Rückfallstäter (§ 39 StGB):

Voraussetzung: Zwei rechtskräftige Verurteilungen innerhalb der letzten 5 bzw. 10 Jahre wegen strafbarer Handlung gegen Leib und Leben, Freiheit oder sexuelle Integrität/Selbstbestimmung.

### » Einführung bzw. Anhebung von Mindeststrafen:

Bei bestimmten vorsätzlich begangenen Straftaten gegen unmündige oder besonders schutzbedürftige Personen

sowie unter besonderen Tatbegehungsumständen, wie etwa durch Einsatz oder der Drohung mit einer Waffe, oder durch Einsatz außergewöhnlicher Gewalt sollen Mindeststrafen eingeführt oder bestehende Mindeststrafen angehoben werden. Dies wird generell auch bei gemeinschaftlicher Tatbegehung angestrebt, wo dies nicht bereits im Gesetz berücksichtigt wird.

### » Neuer Erschwerungsgrund (§ 33 StGB Abs 1 Z 6a):

Opfer von Gewalt- und Sexualdelikten sind schwerer Traumatisierung ausgesetzt, die in den gesetzlichen Strafdrohungen derzeit zu wenig berücksichtigt wird. Die nachhaltige Beeinträchtigung des psychischen Wohlbefindens des Opfers wird daher als neuer Erschwerungsgrund eingeführt.

### » Weitere erschwerend zu wertende Umstände

Bei Delikten gegen Leib und Leben, Freiheit oder die sexuelle Integrität / Selbstbestimmung sind hinkünftig folgende Umstände erschwerend zu werten (§ 33 StGB Abs 2):

- Tat von Volljährigen an Minderjährigen (oder in Wahrnehmung durch diese)
- Tat gegen Angehörige (bis hin zur ehemaligen Lebensgefährtin)
- Missbrauch einer Autoritätsstellung
- Ausnützung einer besonderen Schutzbedürftigkeit
- Außergewöhnlich hohes Gewaltausmaß
- Tat mit Einsatz einer Waffe oder unter Drohung mit einer Waffe

### » Lebenslanges Tätigkeitsverbot als Sanktion

Bei rechtskräftigen Verurteilungen wegen Straftaten gegen die sexuelle Integrität und Selbstbestimmung einer minderjährigen oder wehrlosen Person wird ein lebenslanges Tätigkeitsverbot hinsichtlich der Tätigkeit mit Kindern oder wehrlosen Personen vorgesehen.

# 1

## Maßnahmen im Strafgesetzbuch und im Strafverfahren

### » Weibliche Genitalverstümmelung im Strafgesetzbuch

Aktuell kann die weibliche Genitalverstümmelung (FGM) als „erhebliche Verstümmelung“ im Sinne des § 85 Abs 1 Z 2 und damit als schwere Dauerfolge qualifiziert werden. § 90 Abs 3 StGB stellt auch klar, dass eine Einwilligung des Opfers in die weibliche Genitalverstümmelung nicht möglich ist. Durch eine legistische Anpassung soll klargestellt werden, dass weibliche Genitalverstümmelung jedenfalls eine schwere Dauerfolge im Sinne des § 85 Abs 1 Z 2 darstellt.

### » Entfall der Sonderregelung für junge Erwachsene bei schweren Verbrechen

Keine herabgesetzten Strafrahmen mehr bei schweren Gewalt- und Sexualverbrechen sowie Formen terroristischer und organisierter Kriminalität.

### » Recht besonders schutzbedürftiger Opfer auf Dolmetschleistungen durch Person des gleichen Geschlechts in Gerichtsverfahren

Insbesondere für Opfer, die in ihrer sexuellen Integrität und Selbstbestimmung verletzt worden sein könnten, Gewalt in Wohnungen (§ 38a SPG) ausgesetzt gewesen sein könnten oder minderjährig sind, sowie besonders schutzbedürftige Opfer iSd § 66a Abs. 1 StPO, kann ihre Vernehmung schambesetzt sein. Hierbei haben die Erfahrungen der Gewaltschutzzentren/Interventionsstellen gezeigt, dass bei weiblichen Opfern aus anderen – insbesondere muslimischen – Kulturkreisen diese Problematik noch ausgeprägter ist. Um den besonderen Bedürfnissen besonders schutzbedürftiger Opfer gerecht zu werden, wird vorgesehen, dass Dolmetschtätigkeiten auf Verlagen nach Möglichkeit von einer Person des gleichen Geschlechts vorgenommen werden.

### » Klarstellung, dass Opfer Recht auf gebührenfreien Erhalt der Anzeigebestätigung und des Vernehmungsprotokolls haben

Bereits jetzt ist vorgesehen, dass Opfer von Straftaten einen Anspruch auf kostenfreie Ausfolgung von zwei Ausfertigungen ihrer Anzeige haben. Da diese Regelungen in der Praxis immer wieder zu Problemen führen, wird diese Regelung neu gefasst, um Vollzugsprobleme zu vermeiden.

### » Anpassung der Verweise in der StPO an geänderten Regelungsinhalt des § 38a SPG

Durch die Neufassung des Betretungsverbots in § 38a SPG wird eine Anpassung der korrelierenden Bestimmungen in der StPO erforderlich. So sind etwa die Bestimmungen in §§ 173 Abs 5 Z 3 oder 206 Abs 1 StPO den neuen Regelungen des SPG anzupassen.

### » Neustrukturierung des § 70 StPO (Recht auf Information) im Hinblick auf bessere Verständlichkeit

§ 70 StPO regelt das Recht von Opfern auf Information und präzisiert dabei den in § 10 Abs. 2 StPO verankerten Grundsatz, wonach Kriminalpolizei, Staatsanwaltschaft und Gericht verpflichtet sind, alle Opfer über ihre wesentlichen Rechte im Verfahren sowie über die Möglichkeit zu informieren, Entschädigungs- oder Hilfeleistungen zu erhalten. § 70 Abs. 1 StPO soll zur besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit neu strukturiert und allenfalls umformuliert werden. Inhaltlich sollen jedoch keine Änderungen vorgenommen werden, insbesondere soll die Differenzierung, der zufolge die jeweiligen Opfergruppen über die ihnen zustehenden Rechte informiert werden, beibehalten werden, um eine „Überfrachtung“ an Informationen hintanzuhalten.

# 1

## Maßnahmen im Strafgesetzbuch und im Strafverfahren

### » Klarstellungen beim Antragsrecht von Opfern und Zeugen auf eine schonende Vernehmung iSd § 165 Abs. 3 StPO

Bei der schonenden Vernehmung wird die Gelegenheit zur Beteiligung derart beschränkt, dass die Beteiligten des Verfahrens und ihre Vertreter die Vernehmung unter Verwendung technischer Einrichtungen zur Wort- und Bildübertragung mitverfolgen und ihr Fragerecht ausüben können, ohne bei der Befragung (direkt) anwesend zu sein, wodurch es zu keinem direkten Kontakt des Opfers

oder Zeugen mit dem Beschuldigten kommt. Eine solche schonende Vernehmung hat bei besonders schutzbedürftigen Opfern oder sonst eines Zeugen oder sonst im Interesse der Wahrheitsfindung auf Antrag der Staatsanwaltschaft oder von Amts wegen zu erfolgen. Es soll klar gestellt werden, dass Opfer und Zeugen unter bestimmten Voraussetzungen ein Recht auf eine schonende Vernehmung haben.

# 2

## Sonstige Maßnahmen des BMVRDJ

 Bundesministerium  
Verfassung, Reformen,  
Deregulierung und Justiz

### » Einstweilige Verfügung (Wohnsitzwechsel)

Novellierung der Exekutionsordnung mit der Möglichkeit der Übertragung einer einstweiligen Verfügung bei einem Wohnsitzwechsel.

beurteilen, ob auf Grund der vorliegenden Tatsachen Verwaltungsverfahren, etwa zum Entzug einer Berechtigung, eingeleitet werden müssen.

### » Vernetzung von Gerichten und Sicherheitsbehörden

Wenn in Verfahren vor Strafgerichten oder in gerichtlichen Verfahren nach dem Unterbringungsgesetz Tatsachen bekannt werden, die für andere Behörden wie etwa Führerscheinbehörden oder Waffenbehörden für möglicherweise einzuleitende Entzugs- oder Überprüfungsverfahren von Bedeutung sind, sollen diese Informationen schon während des laufenden Verfahrens und unabhängig vom Ausgang desselben den zuständigen Behörden übermittelt werden. Diese Behörden haben dann eigenständig zu

### » Unterbringungsrecht (Voraussetzung, Schaffung von Kooperationsangeboten, medizinische Behandlung, Minderjährige, Schulungsmaßnahmen)

Die verschiedenen Akteure im Unterbringungsbereich, insbesondere bei der Anwendung des Unterbringungsgesetzes, sollen besser vernetzt und die Informationsflüsse zwischen ihnen optimiert werden, um eine effiziente und rasche Reaktion auf psychisch Erkrankte mit Selbst- und/oder Fremdgefährdung zu gewährleisten. Die richtige Anwendung des Unterbringungsrechts ist durch regelmäßige Schulungen aller Akteure im eigenen Bereich sicherzustellen.

# 2

## Sonstige Maßnahmen des BMVRDJ

= Bundesministerium  
Verfassung, Reformen,  
Deregulierung und Justiz

### » Forschung „Justizielle Verfahrenserledigung bei Partnergewalt“

Es bedarf Klärung der Frage nach der Einstellungspraxis durch eine bundesweite Analyse von Ausmaß, regionaler Unterschiede und der Begründung samt Empfehlungen für ein Vorgehen im Bereich Partnergewalt. Die geschaffene wissenschaftliche Grundlage dient sowohl für Schulungen der Justiz und Sicherheitsexekutive, als auch für mögliche Maßnahmen der politischen Entscheidungsträger.

Die Studie wird von BMVRDJ und BMI in Kooperation durchgeführt.

### » Adaptierung der Einstweiligen Verfügung

Durch die Änderungen im Bereich der Wegweisungen im Sicherheitspolizeigesetz sind auch Anpassungen der bei der einer Wegweisung nachgelagerten einstweiligen Verfügung erforderlich.

# 3

## Maßnahmen des BMBWF

= Bundesministerium  
Bildung, Wissenschaft  
und Forschung

### » Aufklärungsunterricht

Der Aufklärungsunterricht dient auch der Thematisierung wie in der Sexualität miteinander umzugehen ist. Strafprozesse bei Vergewaltigungen von Mädchen haben gezeigt, dass es insbesondere bei jugendlichen Sexualstraftätern sehr unterschiedliche Einschätzungen über das Thema Freiwilligkeit des Geschlechtsverkehrs gibt. Daher ist es die Aufgabe der Schule, in Zusammenarbeit mit den Eltern, altersadäquate Präventionsmaßnahmen zu setzen, und zwar nicht als Einzelmaßnahme, sondern als kontinuierliche Begleitung, im Rahmen eines bestehenden Unterrichtsfaches (z.B. Biologie, Religion, Ethik).

Themen-Live-Streams etc.) sowie die Verknüpfung mit Angeboten der Kriminalprävention.

### » Leitfaden für die missbräuchliche Verwendung von digitalen Medien in Schulen

Betreffend der missbräuchlichen Verwendung von digitalen Medien in der Schule (z.B.: Cyber-Mobbing, Verbreitung von kinderpornographischen Aufnahmen, Gewaltvideos etc.) kommt es wiederholt zu Konflikten im Schulbetrieb und der Involviering der Polizei. Für alle handelnden Personen stellt sich dabei eine Reihe an rechtlichen, organisatorischen, technischen, sozialpsychologischen Fragen, die in der Praxis von den handelnden Personen vor Ort oft nicht oder nicht ausreichend rasch beantwortet werden können. Mit Hilfe dieses Leitfadens werden diese Fragen präventiv bzw. in der jeweiligen Situation bestmöglich beantwortet. Die jeweiligen Vorfälle können dadurch im Sinne aller Beteiligten ehestmöglich und effizient bearbeitet werden. Insbesondere soll die Zusammenarbeit zwischen der Schule und der Polizei damit erleichtert werden.

### » Sexuelle Belästigung im Netz

Diese Maßnahme dient der Aufklärung von Kindern und Jugendlichen zum Thema sexuelle Belästigung im Internet. Ziel ist der Ausbau von Informations- und Beratungsangeboten in digitalen Medien/auf Social-Media-Plattformen unter Zusammenarbeit von Strafverfolgungsbehörden, Melde-/Beratungsstellen und Sozialen Medien (Videos,



## Maßnahmen des BKA

 Bundeskanzleramt

### » Frauenhaus – Wechsel in ein anderes Bundesland möglich machen

Seitens der Frauenministerin wurden Gespräche mit den für die Schaffung von Frauenhäusern zuständigen Landesreferenten geführt, damit dieser besonders gefährdeten Gruppe von Frauen bestmögliche Unterstützung und Sicherheit geboten werden kann. Wir brauchen einen Bürokratieabbau im Gewaltschutz: der Wechsel in ein Frauenhaus in ein anderes Bundesland bei besonders schwerwiegenden Fällen oder jenen an der Landesgrenze muss künftig möglich sein.

### » Opfernotruf vereinfachen, Etablierung einer dreistelligen Notrufnummer

Mit der Einführung einer eigenen dreistelligen Notrufnummer können sich Frauen hinkünftig in Akutsituationen einfach und schnell an eine Anlaufstelle wenden. Diese Notrufnummer soll kurz, ohne Vorwahl erreichbar und leicht zu merken sein. Hier dienen die bereits vorhandenen Notrufnummern der Polizei, Feuerwehr und Rettung als Beispiel. Zudem soll die Nummer 365 Tage im Jahr, rund um die Uhr, anonym und kostenlos zur Verfügung stehen. Betroffene bekommen nicht nur rasche Hilfe in Akutsituationen, sondern auch Erst- und Krisenberatungen sowie weiterführende Informationen zu Anlaufstellen, die Beratung und Unterstützung anbieten.

### » Vernetzungsplattform der Verantwortlichen zum Schutz des Kindeswohls

Die bestehende Plattform zur Vernetzung von Verantwortungsträgern der Kinder- und Jugendhilfe soll weiter forciert werden, um die Zusammenarbeit der Einrichtungen, mit denen regelmäßig Überschneidungspunkte gegeben sind, im Interesse des Kindeswohls zu verbessern.

### » Beratung bei sexueller Gewalt

Die Fachberatungsstellen bei sexueller Gewalt müssen flächendeckend in jedem Bundesland installiert werden. Daher bedarf es eines Ausbaus in vier Bundesländern: Niederösterreich, Burgenland, Kärnten und Vorarlberg.

### » Übergangswohnungen in den Bundesländern

Die österreichische Bundesregierung erkennt die Bedeutung von sicheren Plätzen für von Gewalt betroffene Frauen. Die Evaluierung hat ergeben, dass der Ausbau von Übergangswohnungen notwendig ist. Der Bund wird daher gemeinsam mit den Ländern Mittel für mehr Plätze in Übergangswohnungen zur Verfügung stellen.

## Maßnahmen des BM.I

 Bundesministerium  
Inneres

### » Betretungsverbot (Neuregelung)

Die Neuregelung des Betretungsverbotes stellt eine Verbesserung des Opferschutzes dar, weil eine Kombination des Annäherungsverbotes auf 50 Meter, unabhängig vom Alter der gefährdeten Person, mit einer Vereinfachung des Vollzugs verbunden wird.

#### Die neue Fassung des §38a beinhaltet:

##### » Annäherungsverbot

Derzeit kann die Polizei ein Betretungsverbot über eine Wohnung aussprechen, in der eine gefährdete Person wohnt, sofern in dieser Wohnung mit gefährlichen Angriffen gegen Leben, Gesundheit oder Freiheit gerechnet werden muss (Prognoseentscheidung). Seit 2013 kann die Polizei auch institutionelle Kinderbetreuungseinrichtungen (Kindergärten), Schulen und Horte als Schutzbereich festlegen und dem Gefährder gegenüber Betretungsverbote für diese Örtlichkeiten aussprechen. Die derzeitige Regelung des erweiterten Schutzbereiches ist äußerst kompliziert und die derzeitige Rechtslage weist einige Problemfelder in der Vollziehung auf, die durch eine Anpassung der gesetzlichen Bestimmung gelöst werden.

Die Neuregelung beinhaltet nicht mehr die Festlegung des Schutzbereiches der unmittelbaren Umgebung durch das Organ, sondern ex lege durch Normierung einer „Bannmeile“ (eine 50-Meter-Grenze) mit festzulegenden Ausnahmen, etwa durch die Sicherheitsbehörde.

Weiters wird eine Festlegung der „gefährdeten Personen“ durch die Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes eingeführt, womit ex lege das Verbot für den Betroffenen verbinden sein wird, sich diesen Personen auf 50 Meter zu nähern, unabhängig davon, wo sich die Person gerade befindet. Die Vorteile der Neuregelung sind der Entfall der komplizierten Festlegung der einzelnen Schutzbereiche, das Alter der geschätzten Person wäre irrelevant und das Annäherungsverbot umfasst alle Örtlichkeiten, unabhängig davon, ob es sich um den Arbeitsplatz, um den Weg

zum Arbeitsplatz, um eine Schule, um einen Kindergarten oder auch um einen Sportplatz usw. handelt.

### » Die Etablierung der 3. Gewaltschutzsäule

Analog zur bundesweiten Institutionalisierung der Interventionsstellen und Gewaltschutzzentren zum Schutz und zur Beratung von Opfern nach Fällen von Gewalt in der Privatsphäre gilt es, bundesweit Gewaltinterventionszentren (GIZ) einzurichten und diese nachhaltig zu etablieren, welche Täter/Gefährder nach einem polizeilichen Betretungsverbot nach §38a SPG aktiv kontaktieren und nachgehend im Sinne des Opferschutzes betreuen. Die zeitnahe und unmittelbare Kontaktaufnahme (Weggewiesenenberatung) mit Täter/Gefährder nach dem Betretungsverbot tragen zur Deeskalation bei und nutzen das „window of opportunity“ zum Gewaltstop und zur Verhaltensänderung. Die Arbeit mit den Tätern/Gefährdern in den GIZ ist Teil der Interventionskette und leistet einen wesentlichen Beitrag zum Opferschutz, da sie ein möglichst frühzeitiges Durchbrechen der Gewaltspirale erzielen soll. Aufgrund der frühzeitigen Intervention entstehen weniger Kosten für das Sozialsystem und die Justiz.

### » Gefährdungsmanagement

Das Gefährdungsmanagement ist die Schaffung einer einheitlichen Regelung für die Gefährdungseinschätzung und Sicherheitsplanung nach häuslicher Gewalt. Zukünftig soll es einen raschen Abgleich der Gefährdungseinschätzung mit den Gewaltschutzzentren geben. Die Sicherheitsplanung umfasst die Verknüpfung von Maßnahmen mit der Gefährdungseinschätzung. Diese Maßnahme erhöht nicht nur den Opferschutz, sondern gewährleistet zeitgleich das Monitoring der betroffenen Opfer, als auch die Nachvollziehbarkeit der gesetzten polizeilichen Maßnahmen.

### » Fallkonferenzen (High-Risk-Victims)

Diese Maßnahme dient der Festlegung von Kriterien sowie der Schaffung der Möglichkeit verbindliche Fallkonferen-

zen mit allen zuständigen Organisationen, unter Einbeziehung des Gefährders, einzuberufen. Ziel ist die einheitliche Regelung von Fallkonferenzen auf Initiative und unter der Leitung der Polizei und unter Einbeziehung von Vertretern der gefährdeten Person und des Gefährders. Die Fallkonferenzen sollen zeitnah aufgrund einer Individualentscheidung der Polizei über die Erforderlichkeit einberufen werden. Weiters wird für die Teilnehmer von Fallkonferenzen die rechtliche Grundlage für einen Informationsaustausch geschaffen und die weitere Verwendung der gewonnenen Informationen rechtlich abgesichert.

## » Informationsaustausch

Derzeit bestehen Defizite in der Vernetzung und bei den Informationsflüssen zwischen den verschiedenen Beteiligten. Die Rechtsordnung steht vor fehlenden oder unklaren Regelungen für den Informationsaustausch zwischen den verschiedenen Berufsgruppen und Behörden für das zielgerichtete Vorgehen.

Eine Durchbrechung von Geheimhaltungs- und Verschwiegenheitspflichten ist manchmal notwendig, um erhebliche Gefährdungen Dritter durch Klienten/Parteien/Patienten zu verringern oder zu beseitigen, weil dafür Informationen anderer Personen/Institutionen notwendig sind, die im Dialog, aber auch in Fallkonferenzen oder durch Case Management weitergegeben werden. Daher bedarf es einer gesetzlichen Regelung, die Trägerinnen und Träger von gesetzlichen und vertraglichen Geheimhaltungs- und Verschwiegenheitspflichten nun berechtigt, diese Verpflichtungen zu durchbrechen, wenn und soweit dies zur Bekämpfung einer ernstlichen und erheblichen Gefährdung des Lebens oder der Gesundheit anderer erforderlich und verhältnismäßig ist.

Zudem sollen personenbezogene Daten, die ausschließlich auf dieser Grundlage übermittelt werden, von den Empfängerinnen und Empfängern nur zum genannten Zweck verarbeitet werden dürfen.

## » Infoblätter Polizei, verständliche Opferinformationen

Derzeit gibt es für Opfer ein mannigfaches und unübersichtliches Angebot an Informationen. Ein Großteil der Opfer von Straftaten nimmt die Unterstützungsangebote und Opferrechte nicht in Anspruch, weil die Betroffenen nicht zielgruppengerecht informiert werden. Die Information durch die Exekutive erfolgt oft zu einem Zeitpunkt, zu dem die Betroffenen nicht in der Lage sind, die Fülle und die Komplexität der Informationen zu verstehen und zu verarbeiten. Daher kann eine Überarbeitung und Neustrukturierung der polizeilichen Infoblätter für Opfer zu einer Optimierung der Opferinformationen führen. Die Neustrukturierung der Infoblätter für Opfer beinhaltet die Gliederung der von der Polizei bei Anzeige ausgegebenen Infoblätter in die Fachbereiche der Opferschutzeinrichtungen (von Gewalt betroffene Kinder, häusliche Gewalt, sexuelle Gewalt etc.).

## » Leitfaden für die Kommunikation mit älteren Menschen

In enger Zusammenarbeit mit der Wissenschaft und der Forschung soll ein Leitfaden für die gelungene Kommunikation mit älteren und hochaltrigen Menschen im öffentlichen Raum erstellt werden, der praktische Tipps beinhaltet wird. Der Leitfaden wird auf den Polizeiinspektionen aufliegen sowie durch diese versendet werden.

## » Ausrollung und Ausbau des Projekts „Under18“

Zielgruppe sind Kinder und Jugendliche (vorgestaffelt Lehrende und Erziehungsberechtigte). Österreichweit werden standardisierte Schulungsmaßnahmen durch die Kriminalprävention eingeführt. Der Fokus liegt auf drei Themenbereichen u.a. Gewaltprävention im Kontext digitaler Medien, Durchführung in Form des Mehrebenenansatzes (Lehrende, Erziehungsberechtigte, Schülerinnen und Schüler), Einhaltung des Nachhaltigkeitsprinzips (zumin-

# 5.

## Maßnahmen des BMI

 Bundesministerium  
Inneres

dest zehn Unterrichtseinheiten mit der Zielgruppe) sowie die Stärkung der Lebenskompetenzen, um ein delinquentes Verhalten hintanzuhalten.

### » Interdisziplinäre Jour fixe

Die Einrichtung eines regelmäßigen interdisziplinären Jour Fixe zwischen Strafrechtspflege, Kriminalpolizei, Klinischer Medizin, Gerichtsmedizinischer Expertise und Opferschutz in den Sprengeln der Staatsanwaltschaft ist ein wesentliches Element für das Funktionieren der Untersuchungs- und Aufklärungsprozesse bei Gewaltdelikten. Der regelmäßige Austausch und der Perspektivenwechsel innerhalb der interdisziplinären Arbeitsgruppen helfen Arbeitsabläufe zwischen Institutionen zu optimieren und zu vereinfachen.

### » Sofortinfo KJH

Zukünftig werden frühzeitig Informationen der Polizei über Strafanzeigen bei unter 14-jährigen an die Kinder- und Jugendhilfe weitergeleitet. Es geht bei Verdacht einer strafbaren Handlung durch den unter 14-jährigen um eine möglichst rasche Abklärung, welche Maßnahmen seitens der

Kinder- und Jugendhilfe zu setzen sind. Derzeit werden Anzeige, ergänzenden Berichte, Vernehmungsprotokolle o.ä. erst nach Abschluss der Ermittlungen von der Polizei weitergeleitet, sofern keine unmittelbare Gefährdung des Kindeswohls erkannt wird. Dadurch wird in Zukunft sicher gestellt, dass eine frühzeitige und tatbezogene Interventionsmöglichkeit die Wirksamkeit der zu setzenden Maßnahmen erhöht, zumal die Veränderungsmotivation im Zeitraum knapp nach der Tat am größten ist. Damit kann ein Abgleiten des Betroffenen in die Kriminalität besser verhindert werden.

### Forschung „Justizielle Verfahrenserledigung bei Partnergewalt“

Es bedarf Klärung der Frage nach der Einstellungspraxis durch eine bundesweite Analyse von Ausmaß, regionaler Unterschiede und der Begründung samt Empfehlungen für ein Vorgehen im Bereich Partnergewalt. Die geschaffene wissenschaftliche Grundlage dient sowohl für Schulungen der Justiz und Sicherheitsexekutive als auch für mögliche Maßnahmen der politischen Entscheidungsträger. Die Studie wird von BMVRDJ und BMI in Kooperation durchgeführt.

# 6.

## Maßnahmen des BMDW

 Bundesministerium  
Digitalisierung und  
Wirtschaftsstandort

### » Online-Verzeichnis

Für Betroffene, Beratungsstellen, Polizei etc. wird ein laufend aktualisiertes Online-Verzeichnis von Melde- und Beratungsstellen in ganz Österreich rund um das Thema „Gewalt- und Sexualdelikte im Internet“ erstellt. Für eine

Vereinfachung der Suche und eine stärkere Sichtbarwerdung von Melde- und Beratungsstellen wird das Angebot auf dem Bürgerportal oesterreich.gv.at sowie help.gv.at abgebildet.



## 7 Maßnahmen des BMEIA (Integration)

Bundesministerium  
Europa, Integration  
und Äußeres

### » Elternbrief zur Prävention von weiblicher Genitalverstümmelung

Es gab bereits im Jahr 2006 ein Schreiben der Ärztekammer an alle Gynäkologen mit einem „Elternbrief“ vom Arzt v.a. an verstümmelte Mütter bzw. an Eltern von potentiell gefährdeten Frauen zur Prävention von weiblicher Genitalverstümmelung. Dieser soll nun von BMASGK und Ärztekammer gemeinsam mit Unterstützung von BMEIA evaluiert, allenfalls in wichtige Fremdsprachen übersetzt und versendet werden.

### » Sensibilisierung betreffend Passentzug bei drohender weiblicher Genitalverstümmelung und Zwangsheirat

Wenn Indizien für eine Gefährdung betreffend drohender Zwangsverheiratung oder weiblicher Genitalverstümmelung im Ausland bestehen, sollte die Kinder- und Jugendhilfe (KJH) einschreiten und den Entzug der Reisedokumente veranlassen. Bei Gefahr in Verzug kann die Kinder- und Jugendhilfe eine erforderliche Maßnahme (z.B. Passentzug oder Entzug des Personalausweises) auch sofort setzen, muss dann aber binnen 10 Tagen einen Antrag an das Gericht stellen. Die Mitarbeiter der Kinder- und Jugendhilfe müssen in diesem Bereich sensibilisiert werden. Andererseits sollten ebenfalls die Passbehörden über diese Möglichkeit der Kinder- und Jugendhilfe informiert und insofern sensibilisiert werden, als sie im Fall des Passentzuges oder Entzuges des Personalausweses durch die Kinder- und Jugendhilfe oder das Pflegschaftsgericht keinen neuen Pass oder Personalausweis ausstellen. Diese Maßnahmen werden durch das BMI und das BMFFJ gemeinsam mit dem Österreichischen Integrationsfonds unterstützt. Überdies kann etwa das BMEIA im Rahmen von Themenabenden/ Multiplikator-Schulungen Mitarbeitern der KJH auf traditionsbedingte Gewalt und bestehende Handlungsmöglichkeiten aufmerksam machen.

### » Leitfaden bei Gewalt im Namen der Ehre

Bei Gewalt im Namen der Ehre handelt es sich um Gewalt, welche aus einer vermeintlich kulturellen oder religiösen Verpflichtung heraus verübt wird, um die sogenannte Familienehre zu schützen oder wiederherzustellen. Berufsgruppen, die mit Tätern und Opfern bei diesen Delikten Berührungspunkte haben (z.B. Polizeibeamte, Krankenpflegepersonal, Pädagoginnen/Pädagogen, Sozialarbeiterinnen/Sozialarbeiter) sollten flächendeckend entsprechend dafür sensibilisiert werden. Dafür würden sich ein Leitfaden, Lernunterlagen und Folder im Rahmen der Aus- und Fortbildung für diese Berufsgruppen eignen. Die Erarbeitung dieser Unterlagen wird durch das BMEIA unterstützt.

### » Beratung gegen Gewalt im Namen der Ehre

Es gibt zwar bundesweit Anlaufstellen für Männer, die Opfer von Gewalt wurden, jedoch keine Einrichtung, die sich spezifisch um Opfer von Gewalt im Namen der Ehre sowie Täter von Gewalt im Namen der Ehre kümmert. Auch männliche Jugendliche sind immer wieder Opfer von Gewalt im Namen der Ehre (z.B. Zwangsheirat) bzw. als Täter von Gewalt im Namen der Ehre (z.B. gegenüber weiblichen Familienmitgliedern) betroffen. Daher wird das BMEIA gemeinsam mit einschlägigen Organisationen in der operativen Arbeit einen stärkeren Fokus auf Gewaltprävention bei Männern und Jugendlichen, aber auch bei noch nicht Deliktfähigen, legen. Spezielle Programme für männliche Jugendliche sind auch deshalb wichtig, weil Gewalt im Namen der Ehre für männliche Familienmitglieder oftmals mit Männlichkeit bzw. Bindung zur Familie verbunden ist. Durch diesen speziellen Fokus könnten Männer und Jugendliche einerseits selbst vor Gewalt geschützt werden (Empowerment) bzw. andererseits könnten diese davon abgehalten werden, (weitere) Straftaten zu begehen (präventive Täterarbeit).

## 8 Maßnahmen des BMASGK

 Bundesministerium  
Arbeit, Soziales, Gesundheit  
und Konsumentenschutz

### » Vereinheitlichung der Anzeige- und Meldepflichten für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Gesundheitsberufen

Die unterschiedlichen und meist sehr allgemein formulierten Regelungen in diversen Berufsgesetzen zur Anzeige- und Meldepflichten lassen oft Interpretationsspielraum zu. Das führt in der Praxis zu Unsicherheiten bei der Umsetzung. Daher ist die Vereinheitlichung der Anzeige- und Meldepflichten für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Gesundheitsberufen wichtig.

### » Änderung des § 54 Ärztegesetz 1998 zur besseren Vernetzung involvierter Institutionen

Ein rascher Datenaustausch zum Zwecke des Opferschutzes zwischen in Verfahren involvierten Institutionen – wie Jugendwohlfahrsträger, Justiz, etc. – ist überaus wichtig und muss durch die Änderung des § 54 Ärztegesetz 1998 rechtlich möglich gemacht werden.

### » Änderung der Verjährungsregelung im Verbrechensopfergesetz

Die Antragsfrist zur Geltendmachung von Ersatzansprüchen bei Kriseninterventionen, für Bestattungskosten, für Pauschalentschädigung für Schmerzensgeld, etc. gemäß § 10 Abs 1 Satz 1 Verbrechensopfergesetz soll von 2 auf 3 Jahre ausgedehnt werden. Das soll unter anderem zu einer Minimierung von Härtefällen führen.

### » Novellierung des Verbrechensopfergesetzes

Das Verbrechensopfergesetz ist durch viele Gesetzesnovellen für Opfer und Berater schwer verständlich geworden und weicht zum Teil von den Terminologien des Strafrechts ab. Um eine bessere Handhabung zu gewährleisten ist hier eine Harmonisierung und Anpassung notwendig.

Im Rahmen des Verbrechensopfergesetzes werden auch andere Anpassungen bzw. Änderungen geprüft.

### » Sensibilisierung von Schulärztinnen und Schulärzten betreffend Opfer von Gewalt und weiblicher Genitalverstümmelung

Schulärztinnen und Schulärzte sind für gesundheitliche Fragen von Schülerinnen und Schülern, soweit sie den Unterricht und den Schulbesuch betreffen, zuständig. Sie sollten in Verdachtsfällen auch von Lehrkräften herangezogen werden. Eine Sensibilisierung von Schulärztinnen und Schulärzten zum Thema der weiblichen Genitalverstümmelung, zum Beispiel durch Schulungen, ist daher wesentlich und unerlässlich.

### » Gefährdungseinschätzung bei weiblicher Genitalverstümmelung

Im Rahmen der Geburt oder Geburtsanmeldung im Krankenhaus von werdenden Müttern, die selbst Opfer von weiblicher Genitalverstümmelung geworden sind, soll durch dieses eine Information an die Kinder- und Jugendhilfe erfolgen. Die in diesem Zuge mögliche Gefährdungseinschätzung dient einerseits der Beratung der werdenden Mutter und andererseits dem Schutz und Wohl des Kindes.

### » Möglichkeit der Änderung der Sozialversicherungsnummer nach Namensänderung

Opfer von Gewalt im Namen der Ehre wollen oft ein neues Leben beginnen und sehen als einzigen Ausweg die Schaffung einer neuen Identität, um jeglichen Kontakt mit den Tätern zu vermeiden. Die Änderung des Namens alleine ist oftmals nicht ausreichend, um nicht gefunden zu werden; vielmehr bedürfte es auch der Änderung der Sozialversicherungsnummer. Derzeit besteht keine gesetzliche Antragsmöglichkeit eine Änderung der Sozialversicherungsnummer zu beantragen. Eine solche Möglichkeit soll geschaffen werden.



## Maßnahmen des BMASGK

 Bundesministerium  
Arbeit, Soziales, Gesundheit  
und Konsumentenschutz

### » Sensibilisierung von Gesundheitsberufen betreffend weiblicher Genitalverstümmelung

Eine Klarstellung von Meldepflichten von Ärztinnen und Ärzten bei Opfern von weiblicher Genitalverstümmelung ist notwendig. Durch eine Erweiterung der Anzeigepflicht bzw. Meldepflicht könnten Ärztinnen und Ärzte auch präventiv tätig werden. Ein diesbezüglich zu erstellender Leitfaden wird Ärztinnen und Ärzten mehr Rechtssicherheit geben und diese sensibilisieren.

### » Forcierung der Gerichtsmedizin

Die Gerichtsmedizin stellt die zentrale Kompetenz zur Abklärung gerichtsverwertbarer Dokumentation bzw. Spurensicherung dar und wirkt so nicht nur für die Strafverfolgung, sondern auch für den Opferschutz und die Gewaltprävention. Aktuell ist jedoch ein Mangel an gerichtsmedizinischem Nachwuchs festzustellen. Es soll ein Gremium gebildet werden, um Maßnahmen zur Forcierung der Gerichtsmedizin in Österreich zu erarbeiten.

BMASGK: Wird von der § 44 Kommission bearbeitet. Ein Entwurf soll bereits vorliegen. Soll im Rahmen der Ärztinnen-/Ärzte-Ausbildungsordnung (ÄAO) umfasst werden.

### » Österreichweite Vereinigung für Kinderschutz in der Medizin

Die Durchführung von interdisziplinären Fachgesprächen zur Errichtung einer österreichweiten Vereinigung für Kinderschutz in der Medizin mit zentralen Service- und Anlaufstellen sind der erste Schritt. Beim Kinderschutz müssen die besonderen Bedürfnisse dieser höchst gefährdeten Altersgruppe berücksichtigt werden.

In die österreichweite Vereinigung sollten Kinderschutzgruppen eingegliedert und zentrale Anlauf- bzw. Servicestellen errichtet werden. Die Aufgaben sollten zentrale Themenbereiche, wie qualitätsgesicherte und standardisierte Erhebungs- und Dokumentationsbögen, Etablierung einer zertifizierten Ausbildung in Kindesmisshandlung, Datenerfassung sowie Einbindung in internationale Vereinigungen und Arbeitsgruppen zur Thematik Kindesmisshandlung u.v.m. umfassen.

### » Standardisierte Vorgaben zur Dokumentation zwecks Spurensicherung bei gewalttätigen Übergriffen, einheitliche Dokumentation bei Verletzungen

Nach gewalttätigen Übergriffen ist nicht nur bei der medizinischen Versorgung, sondern auch bei der Dokumentation der vorliegenden Verletzungen und Beschwerden zwecks Spurensicherung professionelles Handeln geboten. Das ist vor allem auch für die Beweisführung vor Gericht für das Opfer relevant. Daher sind einheitliche Vorgaben für die Dokumentation überaus wichtig und notwendig. Bei Verletzungen, die laut Aussage des Patienten/der Patientin nicht von gewalttätigen Übergriffen herrühren, sollen die medizinischen Dokumentationen bildgebend erfolgen, um bei späteren möglichen Gerichtsverfahren als Sachbeweis verwendet werden zu können.

# 9.

## Eingebundene Organisationen

Wir bedanken uns bei allen Organisationen, die in die Arbeit der Task Force Strafrecht eingebunden waren.

Schulische Präventionsstelle – KIS – Landesschulrat Salzburg  
Beratungsstelle TARA – Frauenberatungsstelle bei sexueller Gewalt Steiermark  
Bezirkspolizeikommando Vöcklabruck  
Bildungsdirektion Salzburg  
Bundeskanzleramt  
Bundeskriminalamt  
Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz  
Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung  
Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort  
Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres  
Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort  
Bundesministerium für Inneres  
Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz  
Bundesverband der Frauenberatungsstelle  
Bundesverband Kinderschutzzentren  
Center of Legal Competence (CLC) – Managementzentrum Opferhilfe  
Die Möwe – Kinderschutzzentrum Wien  
DMÖ – Dachverband Männerarbeit Österreich  
Expertengerat für Integration  
Fachstelle für Prozessbegleitung für Kinder und Jugendliche  
FH Campus Wien  
Forensik Kompetenz  
Frauenberatung  
Frauenberatungsstelle bei sexueller Gewalt Steiermark  
Freiraum – Frauen und Familien-Beratung  
Gerichtsmedizin Universität Wien  
Gewaltschutzzentrum Burgenland  
Gewaltschutzzentrum Niederösterreich  
Gewaltschutzzentrum Oberösterreich  
Gewaltschutzzentrum Steiermark  
Heroes – Verein für Männer- und Geschlechterthemen Steiermark  
HPE Österreich – Hilfe für Angehörige und Freunde psychisch Erkrankter

# 9.

## Eingebundene Organisationen

IFGK – Institut für Gewaltprävention und Konfliktmanagement  
IFS – Institut für Sozialdienste  
Institut Ethik und Recht in der Medizin  
Institut für Fort- und Weiterbildung PH Salzburg  
Institut für Konfliktforschung  
Internet Service Providers Austria  
IRKS – Kriminalsoziologie  
IRPB – Institut für Religionspädagogische Bildung Salzburg  
Jugendheilkunde, AKH  
Jugendpsychiatrie  
Kassandra – Verein zur Beratung, Betreuung und Förderung von Mädchen und Frauen  
Kinderschutz-Zentren  
Kirchlich-Pädagogische Hochschule Salzburg  
Tirol Kliniken GmbH  
Kuratorium Sicheres Österreich  
Landesklinikum Niederösterreich  
Landeskriminalamt Salzburg  
Landeskriminalamt Wien  
Landesschulrat Salzburg  
Frauengesundheitszentrum FEM Süd  
LOK – Humanes Leben ohne Krankenhaus  
Landespolizeidirektion Burgenland  
Landespolizeidirektion Oberösterreich  
Landespolizeidirektion Wien  
Ludwig-Boltzmann-Institut  
MA 57 – Frauenservice Wien  
MA 11- Wiener Kinder- und Jugendhilfe  
Man(n)agement – Verein zur Gewaltprävention  
Männerberatung Steiermark  
Männerberatung Wien  
Med Uni Wien  
MEN-Süd – MännerGesundheitsZentrum  
Neustart – Bewährungshilfe, Haftentlassenenhilfe, Konfliktregelung, für Jugendliche und Erwachsene  
Niederösterreichische Landesregierung  
Niederösterreichisches Landesklinikum Mödling  
Opferschutzanwaltschaft  
Orient Express – Beratungs-, Bildungs- und Kulturinitiative für Frauen

# 9.

## Eingebundene Organisationen

Österreichisches Institut für angewandte Telekommunikation

Pädagogische Hochschule Salzburg

PSD – Psychosozialer Dienst Wien

queraum. kultur- und sozialforschung

Rechtsanwaltskammertag

Vereinigung der österreichischen Richterinnen und Richter

Safer Internet

Schulische Präventionsstelle der Bildungsdirektion Salzburg

SOS Kinderdorf – Advocacy Kinder- und Jugendrechte

Stadtpolizeikommando Eisenstadt

Univ. Klinik für Kinder und Jugendheilkunde, AKH

Univ. Klinik für Kinder und Jugendpsychiatrie

Universität Linz

Universität Wien

Verein Frauenhaus Villach

Vereinigung ö. Sta

Vertretungsnetz

Weisser Ring – Verbrechensopferhilfe

Wendepunkt – Frauen- und Familienberatungsstelle

Wiener Interventionsstelle gegen Gewalt in der Familie

Wirtschaftsuniversität Wien

ZARA – Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit

Zentrum für Gerichtsmedizin

ZÖF – Zusammenschluss Österreichischer Frauenhäuser und Frauenschutzzentren

# 10. Notizen

## Notizen

task  
force

